

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Leiter Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidgenössisches Institut für
Geistiges Eigentum
Abteilung Recht und Internationales
3003 Bern

28. Juni 2007

**Revision des Patentgesetzes; Systementscheid bei der Eröffnung im Patentrecht
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme von der die Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) gerne wie folgt Gebrauch macht:

1. Position der EVP: regionale Erschöpfung hat erste Priorität

Die EVP beurteilt einen Systemwechsel hin zur regionalen oder internationalen Erschöpfung bedeutend positiver als dies der Bundesrat in den Vernehmlassungsunterlagen tut. Die Hochpreisinsel Schweiz ist eines der vordringlichen wirtschaftspolitischen Probleme. Es sprechen alle bekannten Fakten dafür, dass ein Systemwechsel ein sinnvolles Instrument im Kampf gegen überhöhte Preise darstellt, wobei wir damit nicht impliziert haben wollen, dass es das einzige oder wichtigste sei.

Für die EVP hat der Wechsel hin zur regionalen Erschöpfung erste Priorität. Wir nehmen die in den Vernehmlassungsunterlagen genannten Bedenken betreffend rechtlicher Schwierigkeiten ernst. Allerdings sind ja auch dem Bundesrat die Studien bekannt, die eine einseitige Einführung der regionalen Erschöpfung als realisierbar betrachten. Ebenso dürfen die Meinungen darüber, was Verhandlungen über eine regionale Erschöpfung mit der EG wirklich für Resultate liefern würden, nicht auf Vorurteilen basieren. Wenn wir einen Wechsel zur regionalen Erschöpfung als erste Priorität bezeichnen, so heisst das für uns vor allem:

- dass die Möglichkeit einer einseitigen Einführung der regionalen Erschöpfung vertieft geprüft wird und
- dass im Falle, dass eine einseitige Einführung tatsächlich als nicht durchführbar erachtet wird, die Verhandlungsposition der EG bezüglich einer gegenseitigen Einführung der regionalen Erschöpfung genauer ausgelotet wird.

Wenn sich die regionale Erschöpfung nach diesen vertieften Überprüfungen als nicht realisierbar herausstellen sollte, steht für die EVP die internationale Erschöpfung mit wenigen Ausnahmen als zweite Priorität im Vordergrund. Unseres Erachtens überwiegen die Vorteile gegenüber der nationalen Erschöpfung.

Die Position der EVP bezüglich Ausnahmen sieht wie folgt aus:

- *Die Versorgung von Drittweltländern mit erschwinglichen Medikamenten ist ein sehr vordringliches Ziel. Eine diesbezügliche Ausnahmeregelung unterstützen wir absolut, betonen aber, dass sie klar umrissen sein muss.*

Einer Ausnahme für administrierte Märkte stehen wir offen, wenn auch nicht eindeutig bejahend gegenüber. Einerseits ist klar, dass ein Wettbewerb der Regulierungen grundsätzlich vermieden werden soll. Andererseits verursacht jede zusätzliche Ausnahme bürokratischen Aufwand. Dazu kommt, dass ja innerhalb der EU die regionale Erschöpfung zu funktionieren scheint, obwohl sie auch bei staatlich administrierten Preisen gilt. Für die EVP ist es bspw. vorstellbar, dass zwar eine Ausnahme für Produkte mit staatlich administrierten Preisen gemacht wird, diese Ausnahme jedoch deutlich enger gefasst wird, als dies auf S. 28 der Vernehmlassungsunterlagen vorgeschlagen wird.

2. Grundsätzliche Überlegungen: nicht überzeugende Bewertung der Varianten

Die EVP weist daraufhin, dass die Vernehmlassungsunterlagen zwar verdankenswerterweise ein breites Spektrum an Varianten auflisten und hilfreich erklären; die Bewertung dieser Varianten jedoch vorurteilsbeladen und nicht überzeugend ist. Die wichtigsten Problempunkte sind:

- *Die Vernehmlassungsunterlagen bestreiten durchgehend, dass ein Systemwechsel signifikante Preissenkungspotentiale mit sich bringe. Wenn nun aber die regionale oder internationale Erschöpfung keine Preissenkungen mit sich bringt, dann fragen wir uns zweierlei: Erstens, weshalb sollte dann die nationale Erschöpfung den Unternehmen zusätzliche für die Forschung verwendbare Erträge einbringen? Zweitens, weshalb würde dann die Lobby der Pharmaindustrie die Diskussion um den Systemwechsel mit derart hoher Aufmerksamkeit begleiten? Diese zwei Punkte zeigen mit aller Klarheit, dass gemeinhin erwartet wird, dass der erhöhte Wettbewerb tatsächlich Druck auf die Preise ausüben wird – entgegen den diesbezüglich haltlosen Behauptungen in den Vernehmlassungsunterlagen.*
- *Immer wieder machen die Vernehmlassungsunterlagen darauf aufmerksam, dass andere preistreibende Mechanismen einen womöglich grösseren Einfluss auf die Hochpreisinsel Schweiz ausüben. Das mag so sein – das wollen wir nicht bestreiten. Es ist aber absolut rätselhaft, weshalb der Bundesrat angesichts dieser Tatsache in der Wahl der verschiedenen Mittel im Kampf gegen die Hochpreisinsel nicht eine Herangehensweise wählt, die sich am Motto „Das eine tun, das andere nicht lassen“ orientiert. Wieso sollte es gegen einen Systemwechsel in der Erschöpfungsfrage sprechen, wenn andere Massnahmen womöglich noch wirkungsvoller sind?*

Wir wehren uns mit Entschiedenheit dagegen, einen Systemwechsel (mit überhöhtem Pathos) unter dem Aspekt eines Eingriffs in das Grundrecht des Eigentums zu sehen. Dieses Grundrecht wäre auch bei der ausnahmslosen internationalen Erschöpfung genügend

gewährleistet. Bei der Frage eines Systemwechsels geht es unseres Erachtens vielmehr um einen handfesten Interessenkonflikt insbesondere zwischen den KonsumentInnen auf der einen Seite und gewissen Branchen, wie bspw. der Pharmabranche, auf der anderen Seite. Wir machen darauf aufmerksam, dass die Pharmabranche viel besser organisiert ist als die KonsumentInnen und somit erfolgreicher lobbyiiert. Wenn nun sogar unabhängig von diesem Seilziehen zwischen verschiedenen Interessengruppen, die gesamtwirtschaftlichen Effekte vom Bundesrat als positiv eingeschätzt werden (vgl. Abschnitt 3.2.2 – wobei wir der Meinung sind, dass die Effekte positiver als in den Unterlagen prognostiziert ausfallen dürften), dann steht für die EVP nichts im Weg für einen mutigen Schritt hin zu einem Systemwechsel.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier